

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 36

Köln, den 5. September 1930

31. Jahrg.

## Weltkrise und Youngplan.

Schon ein flüchtiger Blick in die Presse der Rechtsradikalen lehrt, daß sie den Wahlkampf führen werden im Zeichen des Youngplanes, gegen „Younglügner“ und „Youngverräter“, die das Volk „unter das Joch spannten“. Die Sozialdemokratie wird für die Wahlagitator die Wirtschaftskrise weidlich ausnutzen, obwohl doch Krise, Arbeitslosigkeit und Reparationspolitik im engsten wechselseitigen Zusammenhang stehen, und gerade die Sozialdemokratie zu den eifrigsten Befürwortern der Annahme des Youngplanes gehörte. Was haben wir nun unter dem Gesichtspunkte eben dieser Weltwirtschaftskrise vom Youngplan und der Reparationspolitik zu halten?

In dem Schlußbericht, den der ehemalige Agent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, der Reparationskommission im Juni erstattet hat, stellt dieser ganz im Einklang mit früheren Erklärungen nochmals fest, daß die bezüglich der Reparationszahlungen gehegten Erwartungen der Sachverständigen des Dawesauschusses sich nicht bloß vollkommen erfüllt, sondern noch übertroffen hätten. Jetzt, nachdem nur der neue Plan an Stelle des Dawesplanes in Kraft getreten ist, müssen wir, um irgendwelchen Legendenbildungen und falschen Erwartungen entgegenzutreten, immer wieder betonen, daß der Dawesplan zwar funktioniert hat, wenn man die formale Seite der Übertragungen im Auge hat. Dagegen hat der Plan nicht funktioniert, wenn man an dem Grundsatz festhält, auf dem auch die eben erwähnten Sachverständigen des Dawesplanes diesen aufgebaut hatten, nämlich daß materiell die deutschen Reparationsverpflichtungen nur aus einem Ausfuhr- und Leistungsüberschuß der deutschen Wirtschaft erfüllt werden könnten. Letzteres ist aber nicht der Fall gewesen. Die Reparationen sind aus einer schweren erneuten Verschuldung Deutschlands insbesondere an Amerika abgedeckt worden, weil eben ein entsprechender Ausführüberschuß bei allen Anstrengungen nicht erzielt wurde. Es trifft den Kern der Dinge, wenn dieser Tage die amerikanische Zeitung: „The Journal of Commerce“ feststellte, die Leistung des Reparationsagenten sei durchaus nicht so überwältigend, als wie sie wohl dahingestellt würde. Während der zurückliegenden fünf Jahre hätten andere Völker Deutschland ungefähr soviel Geld geliehen, als Deutschland an die Alliierten zu zahlen hatte, und das habe die Schwierigkeiten beseitigt, die in der Sammlung von Hunderten von Millionen aus einem kriegsgeschwächten Lande, und deren Übertragung ohne Schädigung des internationalen Handels bestanden hätten. — Also das Zugeständnis, daß Deutschland bisher aus eigener Kraft überhaupt keine Reparationen gezahlt hat.

Die bisherigen Reparationen waren also nur geliehene, keine echten, aus eigener Wirtschaft und Werteschaffung. Wenn nun aber echte Reparationen nur möglich sind aus einem deutschen Ausführüberschuß bei entsprechender Weltmarktgestaltung, wie sieht es dann damit zur Zeit aus? Zunächst, wie hat sich unter dem Dawesplan, also etwa seit dem Jahre 1925, die deutsche Ausfuhr entwickelt? Im Laufe der letzten 5 Jahre hat Deutschland in unermüdlicher Arbeit seinen Vorkriegsexport ungefähr wieder erreicht. Dabei vermögen wir einen zwar langsamen, aber unausgesetzten Aufstieg festzustellen: 1925 = 744 Millionen Reichsmark im Monatsdurchschnitt, 1926 = 827, 1927 = 865, 1928 = 982, 1929 = 1057 Millionen Reichsmark. Das erste Vierteljahr 1930 hält sich

allerdings etwas unter dieser Durchschnittsziffer, hat aber mit einem Ausführüberschuß oder einer Aktivität der Handelsbilanz von 62 Millionen Reichsmark abgeschlossen. Die Aussichten für das Außenhandelsergebnis dieses Jahres sind also an sich nicht ungünstig. Das günstige Ergebnis der Außenhandelsziffern im ersten Vierteljahr 1930 ist allerdings nicht nur dem Steigen der Ausfuhr, sondern noch etwas mehr dem Sinken der Einfuhr zu danken, nicht mengenmäßig, sondern dem Werte nach infolge des Sinkens der Weltmarktpreise. Skeptischer ist zwar der neueste Bericht der Reichskreditanstalt über Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1930, der meint: „Bei aller Anerkennung der Fortschritte in der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren kann nicht erwartet werden, daß gegenüber dem so starken, über die ganze Welt sich erstreckenden Absatzrückgang der deutsche Absatz ins Ausland in voller Höhe aufrechterhalten bleibt. Es ist notwendig, sich von der oft einschneidenden Veränderung der wirtschaftlichen Lage in vielen Ländern Rechenschaft abzulegen.“

Ein solcher ist ungemein lehrreich. Es ergibt sich dann nach der gleichen Quelle folgendes Bild: Großbritannien: Keine Anzeichen einer nachhaltigen Besserung, Produktionsziffern relativ hoch, jedoch Rückgang der Aufträge, Arbeitslosigkeit unvermindert, Erschwerung des Exports durch internationalen Konjunkturrückgang. — Frankreich: Wirtschaftslage weiterhin sehr günstig. Investitionstätigkeit unvermindert hoch, und die dafür arbeitenden Industrien gut beschäftigt. Die übrigen von internationaler Lage abhängigen Industrien leiden unter Absatz- und Preisrückgang. — Belgien: Seit einigen Monaten unerkennbar Depressionerscheinungen. Inlandsabsatz im allgemeinen noch befriedigend, bei nachlassendem Export nicht ausreichend, um Produktion in bisheriger Höhe aufrechtzuerhalten. — Schweiz: Wirtschaftslage hat sich weiter langsam verschlechtert. Außenhandel weist eine Stockung auf. — Italien: Fortdauern des Produktionsrückganges. Bei Ein- und Ausfuhrziffern sinkende Tendenz. Arbeitslosigkeit unvermindert. — Österreich: Rückgang schreitet weiter fort. Arbeitslosigkeit nimmt weniger ab als saisonmäßig erwartet. — Tschechoslowakei: Wirtschaftslage hat sich weiter verschlechtert. Bei rückgängiger Produktion und Beschäftigung nehmen die Außenhandelsziffern ab. — Ungarn: Sinkende Produktion bei hoher Arbeitslosigkeit. Export unbefriedigend. Geldmarkt flüssiger. — Polen: Weiteres Fortschreiten der Depression. Arbeitslosigkeit hat kaum abgenommen. Bewegung des Außenhandels läßt noch keine Besserung erwarten. — Rumänien: Wirtschaft zeigt im ganzen keine Besserung. Bewegung des Außenhandels recht ungünstig. — Vereinigte Staaten: Wirtschaftslage hat sich noch verschlechtert. Die Produktionsziffern weiter rückläufig, vor allem die der Bau- und Automobilindustrie. Der Konjunkturrückgang hält an. — Argentinien: Der ungünstige allgemeine Geschäftsgang hält an. Exportverhältnisse haben sich nicht gebessert. — Brasilien: Keine Besserung der Gesamtlage. — Chile: Lage im allgemeinen befriedigend. Außenhandel bewegt sich relativ günstig. — Japan: Starke Depressionen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Außenhandelsziffern niedrig. — Britisch-Indien: Wirtschaftslage vor allem durch politische Unruhen beeinflusst. Außenhandel zeigt Abnahme. — Südafrika: Konjunkturrückgang hat auf das ganze Land übergreifen. — Australien: Anhalten der ge-

drückten Geschäftstätigkeit, große Arbeitslosigkeit und Arbeitskämpfe. Abnahme des Außenhandels.

Aus diesem Überblick ergibt sich, daß die Hauptproduktionsländer der Welt mit ganz wenigen Ausnahmen von einer Wirtschaftskrise erfaßt sind, daß wir also eine Weltkrise haben, in welcher diejenige Deutschlands einen Teilabschnitt darstellt. Ganz deutlich aber kommt dieselbe überall in einer Störung und Schwächung der Exportkraft zum Ausdruck. Die Exportmöglichkeiten sind allenthalben geringer geworden und noch im Rückgange begriffen. Seit der Jahreswende ist der Welthandelsverkehr in seiner Gesamtheit rückläufig. Einfuhr und Ausfuhr nahezu aller Länder sind gesunken. Wenn aber ein Fertigwareneportland hinsichtlich der Ausfuhrmöglichkeiten besser dasteht als ein Rohstoffausfuhrland, insofern als die Mannigfaltigkeit der Fertigerzeugnisse und das weniger schroffe Schwanken der Preise dieser als der Preise der Mehrzahl der Welthandelsrohstoffe dem Absatz günstiger sind, so hätten wir hier also einen Umstand, der Deutschlands Wiederaufstieg zugute käme.

In der Tat ist denn auch im ersten Vierteljahr 1930 das verhältnismäßig günstige Ergebnis der Ausfuhrsteigerung fast allein auf die starke Vermehrung der Ausfuhr von Fertigwaren zurückzuführen, die sich von 2213 auf 2385 oder um 172 Millionen gehoben hat. Das fortdauernde Steigen der Ausfuhr von Fertigwaren ist ein

durchaus günstiges Vorzeichen. Voraussetzung für eine Steigerung der Ausfuhr bleibt allerdings bei uns eine solche Anpassung der Fertigpreise an die Rohstoffpreise, die das Ausland einen Vorsprung vor uns nicht gewinnen läßt.

Bei der heutigen Lage der Weltwirtschaft erscheint die Erreichung eines solchen Ausfuhrüberschusses, daß daraus die Reparationen abgegolten werden können, vorerst ausgeschlossen. Die Folge wird eine weitere Verschuldung Deutschlands bzw. eine Überfremdung seiner Wirtschaft sein. Die Übersicht hat aber nicht nur die starken Veränderungen in der Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern erkennen lassen, sondern zugleich, wie groß die Schicksalsverbundenheit in wirtschaftlicher Hinsicht ist. Daraus resultiert die Hoffnung, daß die Weltkrise zu einer schnelleren Wiederauflösung des Reparationsproblems mit beitragen wird, als bei einem normaleren Ablauf der Wirtschaft sich hätte erwarten lassen. Für diesen Zeitpunkt muß das Volk gerüstet sein, indem es aus der Annahme des Youngplans innerpolitisch seine Konsequenzen zieht und seine Finanzen und Wirtschaft in Ordnung bringt und kräftigt. Einen solchen Reichstag zu wählen, der hierzu gewillt und fähig ist, das ist die Aufgabe des deutschen Volkes am 14. September.

u. d. B.

## Mnemotechnik der Sozialdemokratie.

Mnemotechnik ist Gedächtniskunst. Viel scheint die Sozialdemokratie davon nicht zu besitzen. Auch die freien Gewerkschaften, als die treuesten Wahlhelfer der SPD, leiden scheinbar an chronischem Gedächtnisschwund. Sonst würden sie in diesem Wahlkampf nicht so frisch drauflos behaupten, sondern vorsichtiger sein.

Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des sozialistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und auch die Zeitschriften der einzelnen freigewerkschaftlichen Berufsverbände, bringen eine umfangreiche Aufzählung angeblicher Leistungen und Verdienste der Sozialdemokratie. Es ist dies neben anderen wiederum ein Kapitel zur parteipolitischen Neutralität der freien Gewerkschaften.

Der deutschen Arbeiterschaft müßte es durch die glorreiche Regierungstätigkeit Müller-Wissell glänzend ergehen, wenn die Sozialdemokratie wirklich die Leistungen vollbracht hätte, die ihr heute von den freien Gewerkschaften angegedient werden. Wir geben nachstehend 19 kühne Behauptungen der sozialistischen Gewerkschaftszeitung wieder und stellen gleich daneben unsere Antwort.

### Sozialdemokr. Behauptung!

1. Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Youngplan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

2. Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Kegel vorge-schoben, den jetzt ein Zentrumsminister Stegerwald wirkungslos macht.

3. Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wissell den Abbau

### Unsere Antwort!

Die Politik der Befreiung und Verständigung ist lange vor Stresemann durch den Kanzler Wirth grundgelegt worden. Die Sozialdemokratie hat diese Politik mit unterstützt. Sie war auch bei der Annahme des Youngplanes. Durch diesen wurde dem deutschen Volke eine jährliche Tributleistung von 2 Milliarden Reichsmark auferlegt. Als es galt, diese gewaltige Last durch Steuern aufzubringen, schlug sich dieselbe Sozialdemokratie, die wohl den Plan mit annahm, seitwärts in die Büsche.

Warum Severing? Zuständig war doch Wissell. Kläglich hat nie ein Arbeitsminister versagt, als Wissell, der, als die Arbeitgeber sich sträubten, auf die Durchführung des Schiedspruches in Nordwest tatenlos und hilflos verzichtete. Dadurch erhielt die Staatsautorität einen heftigen Stoß.

Kein Etat der Regierung Müller-Wissell hat für

der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum Äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt.

4. Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putchistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordonnanzzelle in Thüringen gesperrt.

5. Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

6. Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten.

7. Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebranntmarkt.

8. Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinoa-

der Sozialversicherung Mittel in einem solchen Ausmaße bereit gestellt, wie der Etat der Regierung Brüning. Trotz erheblicher Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wurde der Sozialetat um mehr als 200 Millionen Reichsmark gegenüber 1929 erhöht.

Das sozialistisch-kommunistische Thüringen ist zum Wegereiter des national-sozialistischen Thüringen geworden. Nicht etwa nur Severing, sondern auch Dr. Wirth hat die Zuschüsse gesperrt.

Als Regierungspartei stimmte die Sozialdemokratie im Jahre 1922 bei der Erhöhung der Umsatzsteuer gegen den Antrag der Unabhängigen auf Befreiung der Konsumvereine.

Der Vorschlag „Brüning“ ist vom Reichskanzler Müller, Severing und Schmidt und einem Teil der Fraktion als annehmbar bezeichnet worden. Bericht des „Dorwärts“ vom 28. März 1930: Bei wesentlich besserer Wirtschaftslage brachte die Reform der Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 unter der Regierung Müller-Wissell schon eine Kürzung der Gesamtunterstützungen von mehr als 100 Millionen.

Der Entwurf war von Minister Wissell vorgelegt. Der sozialistische Hauptverband der Krankenkassen verlangte sogar noch einschneidendere Maßnahmen. Jetzt, nachdem die Regierung Brüning die Forderungen durchführt, sollen diese plötzlich unsozial sein.

Was heißt Entrechtung? Kein Bezugsberechtigter bekommt

lben und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

9. Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Lebigensteuer bekämpft.

10. Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition betrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

11. Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

12. Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot werden.

13. Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

14. Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten und im Reichstagsauschuß bereits durchgeführt.

15. Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit Diktaturparaphen den äußersten Wider-

einen Pfennig weniger. Gesperrt und beschränkt werden mußte lediglich die Neu anmeldung und Neufestsetzung von Rentenbezügen. Es ist zugleich aber auch Vor sorge getroffen durch besondere Bestimmungen, daß unbillige Härten vermieden werden.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition sämtliche Steuer vor schläge bekämpft, und so die Mittel für die Arbeitslosenversicherung verweigert. Warum ist die Lebigensteuer unsozial? Einkommen bis zu 2640,— RM sind frei. Wer Eltern und Familienangehörige mit 10% seines Einkommens unterstützt, ist ebenfalls frei. Welcher ledige Arbeiter erreicht denn den Betrag von 2640,— RM im Jahre?

Welche Wege hat die Sozialdemokratie gezeigt? Warum hat sie diese Wege nicht beschritten? Sie beherrschte doch das Kabinett Müller und verfügte über  $\frac{1}{2}$  der Mandate des Reichstages.

Die Sozialdemokratie redet nicht davon, daß unter dem Kabinett Müller drei Zoll erhöhungen durchgeführt, daß im Dezember 1929 220 Millionen Tabakzollerhöhungen beschlossen wurden und daß der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding Senkung der Vermögenssteuer, Senkung der Gesellschafts- und Wertpapiersteuer, Senkung der Börsumsatzsteuer und Abbau der Industriebelastung vorschlug.

Die Regierung Müller hat der Arbeitslosenversicherung Darlehen statt Zuschüsse gegeben. Die Sozialdemokratie hätte die Arbeitslosen zu Opfern der von ihr mitverschuldeten Finanznot werden lassen. Die Regierung Brüning war es, die mehrere 100 Millionen für die Arbeitslosenversicherung herbeischaffte. Diese Mittel wurden nicht nur als Darlehen, sondern zum Teil als echte Zuschüsse gegeben.

Warum hat die Sozialdemokratie nur vorgeschlagen? Warum hat sie ihre Vorschläge nicht durchgeführt?

Die durch die Sozialdemokratie erzwungene Auflösung des Reichstages hat die Beratung des Antrages auf Neuordnung der Pensionsgesetzgebung verhindert. Haben die sozialistischen Großpensionäre Müller, Severing, Wisfell auf ihre eigene Pension verzichtet?

Die Sozialdemokratie hat durch ihre Feigheit und Verantwortungsscheu den

stand geleistet und damit die Demokratie verteidigt.

16. Die Sozialdemokratie hat die Wiederaufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 erlassenen Diktaturverordnungen durchgeführt.

17. Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die Reichstagsauflösung erzwungen hat und erreichte, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

18. Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgelüste einer volksfeindlichen Rechtsregierung die Volksbefragung gesetzt.

19. Die Sozialdemokratie hat damit die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt.

Die Sozialdemokratie hat einige sehr wichtige Fragen in dieser Aufstellung nicht angeführt. Wahrscheinlich sind sie ihrem Gedächtnis entfallen. Wir wollen etwas nachhelfen:

Unter dem Reichskanzler Müller hat die Sozialdemokratie den Wahlkampf gegen den Panzerkreuzer geführt.

Unter dem Parteivor s i z e n d e n Müller hat die Sozialdemokratie versprochen, den Wehretat auf 500 Millionen zu senken.

Unter dem Parteivor s i z e n d e n Müller hat die Sozialdemokratie 5 Millionen für die Kinderspeisung gefordert.

Unter dem Parteivor s i z e n d e n Müller versprach die Sozialdemokratie eine weitgehende Verbesserung der Leistungen der Invalidenversicherung.

Unter dem Parteivor s i z e n d e n Müller forderte die Sozialdemokratie die Gewährung der Krisenunterstützung an alle Berufe und für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Damit wollen wir die Gedächtnisauffrischung abschließen. Unser Vorrat an entsprechendem Tatsachenmaterial, durch das die demagogische Taktik der Sozialdemokratie beleuchtet wird, ist bei weitem noch nicht erschöpft. Der 14. September sollte die Quittung erteilen. Wie sie erfolgen soll, sagte am 14. August bereits unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ mit folgenden Worten:

„Wenn die deutsche Arbeiterschaft ihre Zukunft, den deutschen Volksstaat, die soziale Republik und eine gesunde Weiterentwicklung der Sozialpolitik sicherstellen und darüber hinaus die katastrophale Arbeitslosigkeit bekämpfen will, so darf sie die Entscheidung in diesen Fragen nicht Maulhelden anvertrauen.“

Diktaturbestrebungen D o r s c h u b geleistet, und den demokratischen und parlamentarischen Gedanken gefährdet.

Die Sozialdemokratie hat in 138 Fällen unter dem Reichspräsidenten Ebert die Anwendung des Artikel 48 auch bei anwesendem Reichstag nicht bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat durch die erzwungenen Wahlen in einer schweren Krise das deutsche Volk wirtschaftlich und politisch schwer geschädigt.

Die Sozialdemokratie hat Arm in Arm mit den Diktaturschwärmern Hugenberg, Hitler und Thälmann die Reichstagsauflösung herbeigeführt und durch ihr Verhalten nur den extremen Gruppen gedient und damit die Demokratie gefährdet.

Die Sozialdemokratie hat aus Furcht vor der Verantwortung nach den Worten Hilferdings Selbstmord begangen, und den Schutz der Republik anderen überlassen.

Die Sozialdemokratie hat einige sehr wichtige Fragen in dieser Aufstellung nicht angeführt. Wahrscheinlich sind sie ihrem Gedächtnis entfallen. Wir wollen etwas nachhelfen:

Unter dem Reichskanzler Müller hat sie den Panzerkreuzer gebaut.

Unter dem Reichskanzler Müller ist der Reichswehretat in seinem Zuschußbedarf um 38 Millionen erhöht worden. Erst das Kabinett Brüning hat hiervon Abstriche gemacht.

Unter dem Reichskanzler Müller ist die Kinderspeisung nicht durchgeführt worden. Der von den Kommunisten gestellte Antrag wurde in namentlicher Abstimmung von den Sozialisten abgelehnt.

Unter dem Reichskanzler Müller bezeichnete der Arbeitsminister Wisfell diese Forderungen als un durchführbar.

Unter dem Reichskanzler Müller stimmte die Sozialdemokratie am 10. Juli 1928 gegen einen gleichlautenden kommunistischen Antrag, und im Februar 1929 stimmte die gleiche Sozialdemokratie ihren eigenen Antrag in namentlicher Abstimmung nieder.

## Das nennt sich Arbeiterpartei!

Die Sozialdemokratie spricht jetzt während des Wahlkampfes in fast all ihren Verlautbarungen mit sehr viel Eifer von sich als der Partei des arbeitenden Volkes; sie bekommt plötzlich starke proletarische Anwendungen. Die sonst in den Hintergrund gedrängten Schlagworte vom Klassenkampf, von der sozialistischen Wirtschaft, von der endgültigen Überwindung des Kapitalismus, treten gegenwärtig wieder stark in den Vordergrund. Der Abstand zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse im Sozialismusgerede ist merklich geringer geworden, wenngleich auch der Kampf zwischen beiden nicht an Heftigkeit verloren hat. Kurz: die Sozialdemokratie bemüht sich recht krampfhaft vor den Massen ihrer Wähler ein proletarisches Gesicht zu machen.

Sie hat alle Veranlassung dazu. Trotz des jetzt so wüsten Schimpfens auf alles was „bürgerlich“ ist, hat die fortschreitende Verbeamtung der sozialdemokratischen Partei viel mehr zu einer Verpießerung geführt, als einer Arbeiterpartei dienlich ist. Das zahlenmäßige Verhältnis der Mitglieder zueinander hat sich immer mehr zuungunsten der Arbeiter entwickelt. Dabei ist zu beachten, daß der Einfluß der Mitglieder, die Beamte sind oder sich in beamtenähnlichen Stellungen befinden, oder die als Rechtsanwälte, Schriftsteller in der Partei wirken, naturgemäß ein bedeutend größerer ist als der Einfluß der arbeitenden Massen.

Diese grundlegende Änderung im Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Partei hat auch ihrer Politik das bekannte doppelte Gesicht gegeben.

Wer glaubt, die Zurückhaltung des proletarischen Charakters der sozialdemokratischen Partei sei abgeschlossen, der irrt sich sehr. Wer sich nur ein wenig in Beamtenzirkeln umhört, der stellt gleich fest, daß viele Leute glauben, sich im Interesse ihres besseren Fortkom-

mens das Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei erwerben zu müssen.

Ein Blick auf die Universitäten zeigt gleichfalls die starke Neigung vieler Studierenden zur Sozialdemokratischen Partei. Auf fast allen deutschen Universitäten gibt es sozialdemokratische Studentengruppen. Im Jahre 1923 gründeten 7 Studenten eine Vereinigung sozialdemokratischer Akademiker, heute hat, so wird behauptet, die sozialdemokratische Studentengruppe mehr Mitglieder als alle anderen politischen Studentengruppen zusammen. Berlin allein zählte in diesem Jahre 500 Namen in der Mitgliederliste der sozialdemokratischen Studentengruppe.

Wer annimmt, daß es sich hier ausschließlich um studierende Söhne von Arbeitern handelt, irrt wiederum sehr. Nur 15 Prozent dieser Studenten stammen von Arbeitereltern, 85 Prozent aus den Kreisen des jetzt im Wahlkampfe so gelästerten Bürgertums.

Wie flüchtig hier die Grenzen schon zum großen Teil geworden sind, geht aus der Tatsache hervor, daß die Tochter des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht bis zu ihrer vor kurzem erfolgten Heirat Führerin der sozialdemokratischen Studentengruppe der Universität Heidelberg war. Die Tochter Schachts ist seit Jahren eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Die Verbindung war sogar so enge, daß sie einige Zeit in der „Vorwärts“-Redaktion als Volontärin tätig war. Ihr Mann, ein Herr von Scherpenberg ist ebenfalls Sozialdemokrat. Daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Rudi Breitscheid, bei der Trauung der Tochter des Reichsbankpräsidenten als Trauzeuge fungierte, sei nur der Vollständigkeit halber noch erwähnt, steht doch auch Breitscheid seiner Herkunft nach den Kreisen von Schacht viel näher als den Arbeiterkreisen, was ihn natürlich nicht daran hindert, den Vorsitz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu führen und im Wahlkampfe gegen die Bürgerlichen zu hetzen, die in vielen Fällen den Arbeitern viel, viel näher stehen, als Breitscheid mit vielen seiner Genossen.

## Die Kartellpreispolitik und ihre Wirkungen.\*)

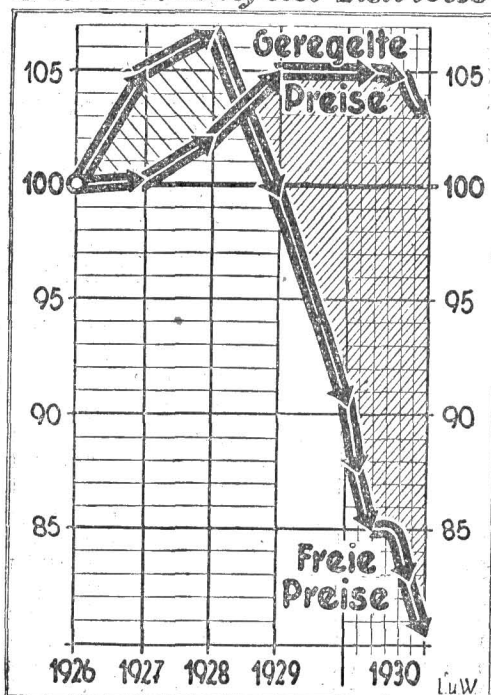
Von Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. S. Tschierscher.

Wenn gegenwärtig zur Behebung der schwer lastenden Wirtschaftskrise auf Preisenkungen gedrängt wird, so müssen sich notwendig die Blicke auch auf die Preispolitik der Kartelle lenken, deren Ziel es ist, den Mitgliedern ein Mindestmaß von Rentabilität vornehmlich durch einheitlich durchgeführte Verkaufspreise und -bedingungen zu sichern. Bei ihrer heutigen Verbreitung in fast allen Zweigen der Industrie, im Groß- und Kleinhandel und im Handwerk stellen sie eine erhebliche marktregulierende Macht dar, der sich nur noch die Gewerkschaften mit der kollektiven Lohnregelung zur Seite stellen können, während sie allerdings von den großen kapitalistischen Organisationen monopolistischer „Trusts“ an Wirksamkeit vielfach noch übertroffen wird. Das ganze Gewicht der Kartelle erhellt aber erst die weitere Feststellung, daß namentlich unsere großen Schlüsselindustrien, so die Eisen- und Stahlindustrie, die Industrie natürlicher und chemischer Produktionsstoffe, die Metallindustrie und die meisten Zweige der Bauindustrie, von dieser organisierten Regelung des Wettbewerbs besonders wirkungsvoll Gebrauch machen. Aber auch im Textil- und Bekleidungsgerber und in weiteren für den Massenbedarf lebenswichtigen Gewerben übt diese kollektive Absatzpolitik einen starken Einfluß auf den Verbrauch und damit den Umfang und das Tempo des Güterumlaufes aus.

Übereinstimmung herrscht darüber, daß die Kartelle ihre Marktpolitik zwangsläufig stets nach den kaufmännisch-technischen Interessen ihrer schwächsten Mitglieder ausrichten müssen und deshalb höhere Preise fordern, als bei freiem Wettbewerb unter Führung der Leistungsfähigsten Unternehmen sich durchsetzen könnten. Für unsere Gegenwart hat sich dieser Zwang zweifellos noch dadurch verstärkt, daß außerordentliche Lasten die Werksgestehungskosten steigern, und hierdurch gerade die schwächeren Unternehmen besonders betroffen werden. Vielfach mußte aber in den letzten Jahren die organisierte Preispolitik, verstärkt noch durch internationale Abmachungen, auch dazu helfen, eine ausgiebige Selbstfinanzierung zur Entschuldung wie besonders für umfassende Rationalisierungen zu ermöglichen. Die hiermit gewonnene produktive Stärkung namentlich unserer Industrie kann indessen nur dann Früchte tragen,

wenn sie genutzt werden und damit den Massen Beschäftigung und wohlfeile Güterversorgung bieten kann. Verstärkt die Kartellpolitik aber die Absatzschwierigkeiten, vermehrt sie Stilllegung erheblicher Betriebsteile, so führt sie steigende Kostenvertierung und in gefährlichem Kreislaufe weitere Preissteigerungen und Arbeitsmangel

### Die Wirkung der Kartelle



herbei. Der freie Wettbewerb pflegt diesen unheilvollen Zirkel unter rücksichtsloser Ausmerzung der widerstandsunfähigen Elemente zu brechen, indem er durch scharfe Preisenkungen Hebung des Absatzes,

\* Sondernummer: „Der Heimatdienst“, August 1930.

damit Steigerung des Produktionsumfanges und hierdurch wiederum Kostensenkungen bewirkt.

Den Kartellen wird dagegen gerade die Aufgabe zugesprochen, die Schäden einer ungünstigen Absatzkonjunktur durch Sicherung der Preise abzuwehren. Gerade unsere hochorganisierten Kartelle, die Syndikate, stützen ihre Preispolitik auf eine systematische Begrenzung des Absatzes, häufig sogar der Erzeugung. Diese Kontingentierung des Absatzes mit ihrer bekannten Folge, der Quotenjagd, reizt aber zu weiteren Betriebsvergrößerungen, also zu Kapitalfehlanlagen, weil sie die Überproduktion hier verstärkt, an Bedarfsstellen aber Kapitalmangel erzeugt. Die künstlich verbesserte Rentabilität der kartellierten Unternehmen lockt, wie unsere Eisen- und Zementindustrie dauernd erfahren mußte, neues Kapital zu Gründungen an, die dann häufig zu verlustreicher Kampfpolitik der Kartelle führen, deren Kosten wiederum der Verbraucher trägt. Oft spannen die Erzeugerkartelle zur Sicherung ihrer Preispolitik auch den Handel ein, indem sie ihn durch Gegenseitigkeitsverträge an sich fesseln. So ermöglichen sie auch ihm die Kartellierung, indem sie sich gegenseitig vor Außenseitern schützen. Damit wird die zweite Hand im Güterumlaufspröß gleichfalls in den Stand gesetzt, höheren Nutzen zu nehmen, als der freie Wettbewerb zulassen würde. Das bedenklichste Beispiel bilden die Markenartikel, bei denen die Preise sogar für den Kleinhändler vorgeschrieben werden, und zwar ganz schablonenmäßig, ohne jede Rücksicht auf die Art und den Umsatz des einzelnen Ladengeschäftes, ein System der Preisübersteuerung, das in den marktpolitisch offenbar klügeren Vereinigten Staaten grundsätzlich gesetzlich verboten ist, während es bei uns durch ein eigenes Kartell dieser Fabrikanten im Wege rücksichtsloser gerichtlicher Verfolgung von Unterbietungen gesichert wird. Unrichtig wird die Behauptung, daß diese Preisbindung im Interesse der Verbraucher zum „Wesen“ der Markenartikel gehöre, ist auch die Erklärung, daß die sogenannten „Konditionenkartelle“, die besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie zwar nicht die Preise, aber die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen regeln, nur „Ordnung“ im kaufmännischen Verkehr schüßen, dagegen keinen Einfluß auf den Absatz äußerten. Tatsächlich beeinflussen sie ihn durch wesentliche Beschränkung der Kreditgewährung mit strengen Zahlungsfristen und Zahlweisungen recht erheblich. Hierdurch engen sie den Kreditkauf und damit Umfang wie Schnelligkeit des Güterumlaufes ein. Selbstverständlich sind alle diese einzelnen Mittel der Kartellpolitik, wie die Kartellierung in ihrer Gesamtheit, berechtigten Wünschen der Unternehmer auf Abstellung von Auswüchsen des Wettbewerbs entsprungen. Aber gerade ihre notwendige Schablonisierung und Schematisierung, eine zwangsläufige Folge der Kartelle aus ihrer Zusammenfassung ungleich leistungsfähiger Unternehmen, treibt namentlich in krisenhaften Zeiten zu Überspannungen und damit wiederum zu Verschärfungen der Krise. So hat diese Politik unter den normalen Verhältnissen der Vorkriegszeit auch nur vereinzelt Nachteile gezeitigt. Für unsere heutige, in so vielen Beziehungen überspannte Lage, droht sie dagegen nicht nur volkswirtschaftliche, sondern den leistungsfähigen Unternehmen auch privatwirtschaftliche Gefahren, wie die Forderung führender Wirtschaftskreise nach einem wirksamen Preisabbau, aber auch der Zusammenbruch von nationalen wie internationalen Kartellen bestätigen. So bleibt in der Tat kein Zweifel, daß nur eine sehr nachhaltige, sehr allgemeine und rasche Lockerung aller Überspannungen der Kartellpolitik Hilfe bringen kann. Bei dem bereits sehr stark sinkenden Weltmarktpreisniveau, droht sonst der deutschen Wirtschaft zu den inneren Schwierigkeiten noch eine wirtschafts- wie sozialpolitisch gleich gefährliche Weltmarktisolierung. — Gewiß ist mit diesem Programm, wenn man ihren gesunden Kern erhalten will, den Kartellen eine schwierige organisatorische Aufgabe gestellt. Eine völlige, auch nur vorübergehende Freigabe der Preise und Absatzbedingungen kann nur ganz ausnahmsweise in Frage kommen, da sie in der Regel die Zerschlagung der Organisationen bedeutet. Eines so radikalen Weges bedarf es aber auch gar nicht. Es wird meist vorerst genügen, wenn die Kartelle, was sie bislang trotz guter Ansätze zu sehr vernachlässigten, unter Ausnutzung der bereits gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten kostenungünstigste Warenherstellung ausscheiden, durch Typisierung der Erzeugnisse und darauf aufgebaute Normalisierung der Produktion, sowie Vereinfachung der Absatztechnik, die Kosten herabdrücken und diese Gewinne in Preissenkungen ausmünzen. Daß hierbei schwächste Unternehmen zum Erliegen kommen, wird in Kauf genommen werden können, wenn ihre Belegschaft im Aufsteigen der übrigen Unterkommen findet.

Gerade die Möglichkeit, daß die Kartelle in der Lage sind, diesen

# Verbandsnachrichten.

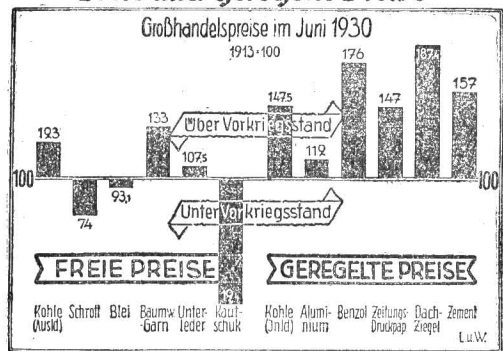
## Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 36. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 31. August bis 6. September 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und die Geschäftsabwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Prozeß systematisch durchzuführen, daß sie hierfür auch einen geschlossenen Druck auf die Organisationen ihrer Vorlieferanten und ihrer Abnehmer ausüben, daß sie also umfassende Selbstkontrolle über eine einheitliche, ineinandergreifende Durchführung dieses im

### Freie und geregelte Preise



einzelnen von jeder Schablone freizuhaltenden Programmes übernehmen können, läßt sie zu wichtigster Mitarbeit berufen erscheinen.

Ob angesichts der unverkennbaren Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Gesamtlage, auch bei parallel gehenden Hilfen durch Anpassungen der Lohn- und Kapitalkosten, diese Aufgabe ohne behördlichen Einfluß durchzuführen ist, soll hier nicht untersucht werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, die sogenannte Kartellverordnung vom 2. November 1925, die ja zu Beginn unserer Währungs-wiederherstellung mit ganz ähnlicher Zielrichtung erlassen wurde, genügend Handhaben hierfür bietet. Dahingestellt bleibe hier, ob bei ihrer nachhaltigeren Anwendung die jetzt beklagten Einseitigkeiten unserer Kartellpolitik zu verhindern waren, jedenfalls wird die Aufgabe der Behörde für das jetzige Programm eindeutig darauf zu konzentrieren sein, daß die Umkehr in der Preispolitik sich nicht nur zögernd in vereinzelt Gewerben auswirkt, daß das Ziel vielmehr, angefangen von den Schlüsselindustrien bis hinauf zu den letzten Handelskreisen, in systematischer Durchführung gewonnen wird.

Diesem Zwecke soll auch die im Rahmen der Notverordnung vom 26. Juli ds. Js. als 5. Abschnitt erlassene Verordnung „Zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen“ dienen, die in vieler Hinsicht eine Erweiterung und Verschärfung der weiter geltenden Kartellverordnung vom 2. November 1923 bedeutet.

### Lohn- und Tariffbewegung.

**Berichtigung.** In der in voriger Nummer unter dem Titel „Schiedspruch für das deutsche Holzgewerbe im Bereich des allgemeinen Mantelvertrages“ veröffentlichten Tabelle der Ecklöhne muß es heißen: Provinz Brandenburg 118 Pfg.

### Rundschau.

**Reformbedürftige Ordnung.** Täglich meldet die Tagespresse Arbeiterentlassungen, täglich Werksstilllegungen, Arbeiter und Angestellte werden zu Hauf der Arbeitslosenversicherung und den Wohlfahrtsämtern überantwortet. Die öffentlichen Stellen, insbesondere die Gemeinden, haben ebenfalls den Kreis der bisher Beschäftigten verkleinert, Arbeiterentlassungen sind in erheblichem Ausmaß auch

dort bereits vorgenommen oder stehen bevor. Wenn die Wirtschaftszweige meist den plausiblen Grund des Auftragsmangels für ihre Maßnahmen in diesem Feld führen, dann muß das Verhalten der Gemeinden in diesem Augenblick doch sehr verwundern.

Bei den diesjährigen Etatsverhandlungen hat man Steuererhöhungen und Erhöhungen der Gebühren in großem Umfange beschlossen. Die Endsummen der Etats sind durchweg höher als vordem. Dazu behauptet man, daß Sparmassnahmen auf der ganzen Linie durchgeführt, mindestens aber eingeleitet sind. Uns will scheinen, daß diese Sparmassnahmen in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiterschaft bei den Gemeinden erfolgen. Wir haben noch nichts davon gehört, daß die Beamtschaft den Gemeinden infolge der herrschenden Finanznot etwas von ihren wohlverworbenen Rechten hat preisgeben müssen. Vermutlich werden die erhöhten Steuern und Gebühren zum größten Teil für die Beamtenbesoldung draufgehen. Eine Einschränkung des Beamtenapparates ist, soweit wir sehen, nirgends ernstlich ins Auge gefaßt.

Während jeder Arbeiter und Angestellter in der Privatwirtschaft das große Risiko der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen hat und mit dem Wohlergehen oder Niedergang der Betriebe aufs engste die bescheidene Existenz verbunden ist, sehen wir rundum nur eine bevorzugte Schicht, die Beamtschaft, die unberührt von allen Schwierigkeiten, auf ihre Rechte pocht. Keine Stelle, weder Regierung noch Parlament, getraut sich an „wohlverworbenen Rechten“ der Beamten zu rütteln. Das kann doch nicht der Sinn einer wohlgeordneten Verwaltung sein, ein viel zu großes Beamtenheer unter allen Umständen zu erhalten, dafür die Steuerschraube bis zur Unerträglichkeit anzuspinnen und die Masse der Lohnarbeiter darunter leiden zu lassen. Denn diese ist es, die letzten Endes die Überspannungen mit Arbeitslosigkeit und durch Senkung ihres Lebensstandards blechen muß. Sparmassnahmen werden auf Kosten derer, die ganz da unten stehen, durchgeführt. Die Kürzung der Etatmittel bei Ländern und Gemeinden erfolgt häufig auf beiden Abteilungen für Wohnungsbau. So tragen diese Maßnahmen zur Steigerung der herrschenden Wirtschaftsnot bei, verursachen weitere Arbeiterentlassungen, üben damit einen weiteren Druck auf den katastrophalen Arbeitsmarkt aus und vermehren die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die daher trotz Beitrags erhöhungen neuen Defiziten entgegengeht.

Wenn also das Risiko der Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer schon nicht gleichmäßig trifft, dann muß der gerechte Ausgleich in anderer Weise herbeigeführt werden. Abbau, Verkleinerung des Beamtenapparates ist ein dringendes Gebot der Stunde, damit die Belastung der öffentlichen Finanzen mit Personalkosten geringer werde und Mittel zur Entlohnung derjenigen übrig bleiben, die da unten die wichtige Arbeit für den Bestand der Gesellschaft leisten.

**Ach, hättest du geschwiegen!** Die freien Gewerkschaften haben noch bei allen Wahlen ihre Zeitungen und Kassen in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt, weil sie diese als ihre politische Ergänzung betrachteten. Dieses Mal treten sie reichlich früh auf den Plan, wohl, weil sie ein schlechtes Gewissen haben. Es hat sich nämlich inzwischen herumgesprochen, daß sie es waren, die gegen die vernünftigeren sozialdemokratischen Politiker zur radikalsten Opposition drängten. Nun eröffnen sie in der „Gewerkschafts-Zeitung“ (Nr. 30 vom 26. Juli 1930) die sozialdemokratische Wahlkampagne mit einem Leitartikel, über den jeder, der auch nur einigermaßen Bescheid weiß, die Worte schreiben kann: „Blinder Eifer schadet nur.“ Da wird u. a. behauptet, die Sozialdemokratie hätte in der Regierung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluß geführt und die Rheinlandbefreiung erreicht. Gewiß, aber die loyale Erfüllung des Young-Planes hat zur Voraussetzung, daß die Reichsfinanzen und die Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden. Bei dieser etwas schmerzlichen Operation kniff die Sozialdemokratie in der unfairsten Weise. Weiter wird gesagt, die Sozialdemokratie habe mit Minister Wissell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt. Diese Abwehr sah so aus. Die Verschlechterung stammt von dem sozialdemokratischen Minister Wissell. Stegerwald hat sie nachher nur vorgelegt, nachdem er die schlimmsten Verschlechterungen einigermaßen zurechtzubiegen versucht hatte. Als nun die Sozialdemokraten ihr eigenes Produkt vorgelegt bekamen, markierten sie den wilden Mann. Am stärksten kämpfte Wissell gegen — sich selbst. Weiter wird gesagt, die Sozialdemokratie habe die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt. Dabei weiß jeder, daß die Novelle zur Krankenversicherung auf den sozialdemokratischen Hauptverband der Krankenkassen zurückgeht. Nur,

daß in dem dem Reichstage vorgelegten Entwurfe die viel arbeiterfeindlicheren Maßnahmen des Hauptverbandes abgeschwächt waren. Und endlich habe die Sozialdemokratie Steuern vorgeschlagen, die den Besitz herangezogen hätten. Das machte der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding so, daß er in seinen 14 Punkten im Dezember 1929 gerade eine Senkung der veranlagten Einkommensteuer, Vermögenssteuer, also der Besitzsteuer, vorschlug.

Wenn die freien Gewerkschaften den Lesern ihrer Presse weiterhin solche Unsinnigkeiten aufstücken, dann wird bald der Dümme merken, daß die Sozialdemokratie etwas zu verbergen hat und darum ein zwiespältig demagogisches Spiel treibt.

**Ja, Bauer, das ist auch was anderes.** Die Sozialdemokratie kann sich nicht genug über die Notverordnungen der Regierung Brüning entrüsten. Sie tut, als seien die Notverordnungen die schwerste Sabotage gegen den Geist der Weimarer Verfassung. Wenn von den Anhängern der letzten Regierungskoalition darauf hingewiesen wird, daß auch der Reichspräsident Ebert von dem § 48 wiederholt Gebrauch machte, so fehlt es der Sozialdemokratie dafür nicht an Begründungen und Entschuldigungen. Angeblich soll unter Ebert der Zwang zur Notverordnung größer gewesen sein. Als ob die gegenwärtige katastrophale Not noch nicht groß genug wäre. Im übrigen gestand der preußische Ministerpräsident Otto Braun in diesen Tagen, er habe sich früher auch gegen Eberts Notverordnungen gewandt. Sollte Ebert auch schon „Diktaturgelüste“ gehabt haben?

Daß aber auch heute noch Sozialdemokraten sehr wohl in der Lage sind, mit Notverordnungen zu regieren, zeigt der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun in Preußen recht deutlich. Die preußische Regierung wollte die Verdoppelung der Grundvermögenssteuer. Nun hatte sich im Landtag in der ersten und zweiten Lesung zwar eine Mehrheit für die Regierungsvorlage gefunden; dagegen ergab sich in der dritten Lesung wegen der Obstruktion der Oppositionsparteien, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, Beschlußunfähigkeit des Hauses. 24 Stunden später hat jedoch die preußische Regierung die gleiche Gesetzesvorlage durch den Hauptausschuß des Preußischen Landtages als Notverordnung beschließen lassen. Das war keineswegs ein unwichtiger Akt. Die Verdoppelung der Grundvermögenssteuer hatte eine Erhöhung der Miete um 4 bzw. 7 Prozent zur Folge, was das für die breite Masse in dieser Notzeit bedeutet, sollte auch die Sozialdemokratie wissen.

Ähnlich handelte die preußische Regierung in den letzten Jahren wiederholt. Sie war mit ihren Notverordnungen gar nicht so zaghaft. Wenn hier zwischen dem Reich und Preußen auch formale Unterschiede bestehen, im Kern haben auch die preußischen Notverordnungen einen diktatorischen Charakter. Doch davon erwähnt die sozialdemokratische Agitation gar nichts. Es würde auch allzu schlecht in ihren Kampf gegen die „diktatorlüsterne“ Regierung Brüning passen.

**Der Enquete-Ausschuß untersucht das Warenabsatzproblem.** Der Enquete-Ausschuß hat dieser Tage eine Arbeit veröffentlicht, die sich mit den Problemen des Schuh-Einzelhandels, des Abzahlungs geschäfts, der Beamtenkaufhäuser, der Versand- und Etagegeschäfte befaßt. Aus dem Untersuchungsergebnis geht klar hervor, wie schnell die letztgenannten, in der Nachkriegszeit aufgetauchten und vom regulären Einzelhandel abweichenden Betriebsformen gewachsen sind. Aber auch im Einzelhandel selbst haben gegenüber der Vorkriegszeit wesentliche Änderungen Platz gegriffen.

In den letzten Jahren ist auch in der Zahlungsweise des kaufenden Publikums eine grundlegende Änderung eingetreten. Mehr und mehr ist eine Abwanderung vom Barzahlungsgeschäft an das Kreditgeschäft zu beobachten. Großen Nutzen konnten die sich restlos den Wünschen des Publikums anschließenden Abzahlungsgeschäfte aus dieser Entwicklung ziehen. Wenn auch von Seiten des Einzelhandels dazu übergegangen worden ist, Kaufabschlüsse gegen Kredit abzuschließen, so hat der Kundenkreis doch in immer steigendem Maße das Abzahlungsgeschäft bevorzugt, was aus den steigenden Umsatzziffern dieser Betriebe hervorgeht. Der Ausschuß hat eine interessante Statistik veröffentlicht, die sich mit der Kundschaft der Abzahlungsgeschäfte befaßt. Danach sind im Jahre 1926 62 v. H. kaufmännische Angestellte und Arbeiter, 16 v. H. Beamte, 14 v. H. Gewerbetreibende und 8 v. H. Angehörige der freien Berufe gezählt worden. Im Abzahlungsgeschäft hat der Verkauf von Möbeln und Textilien den größten Platz eingenommen. Bemerkenswert ist, daß sich die Qualität der Waren gegenüber den Anfangsjahren gehoben

hat. Bei erhöhtem Kreditrisiko und gesteigerten Zinsenkosten ist die Durchschnittskalkulation im allgemeinen 80—100 v. H. Aufschlag auf den Einkaufspreis. Der Reingewinn war bei den untersuchten Firmen starken Schwankungen unterworfen; Verlusten stehen Gewinne bis 8. v. H. gegenüber. Die Finanzierung der Abzahlungs-geschäfte erfolgt zum weitaus größten Teil auf Grund von Lieferantenkrediten, die teilweise bis auf 50 v. H. vom Umsatz ansteigen.

Bei der Statistik der Abzahlungsgeßäftskunden ist beachtlich, daß die Beamenschaft nur zu 16 v. H. beteiligt ist. Das ist darauf zurückzuführen, daß seit einiger Zeit Beamtenkaufhäuser ins Leben gerufen worden sind, die ihren Kundenkreis nur auf die festbesoldete Beamenschaft ausdehnen. Einen raschen Aufschwung haben auch in der Nachkriegszeit die Versandgeschäfte genommen, die ihren Absatz über ganz Deutschland ausgebreitet haben und ihre Waren besonders auf dem flachen Lande, den Klein- und Mittelstädten abzusetzen suchen. Nach Ansicht von Sachverständigen hat diese Form des Warenabfages, trotz verbesserter Verkehrsverhältnisse, immer noch große Zukunftsaussichten.

Wir möchten an die letzten Bemerkungen die Mahnung zur Vorsicht gegenüber den Abzahlungs- und Versandgeschäften knüpfen. Bei den Amtsgerichten sind ganze Kammern mit den Klagen der Abzahlungsgeßäfte gegen säumige Zahler, die oft infolge Arbeitslosigkeit und dadurch bedingter Not im Rückstande blieben, überbeschäftigt. Barzahlung verhindert nicht nur derartige Prozesse, sondern bringt meist noch besondere Preisvorteile ein.

**Die Holztechnik auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure in Wien.** Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) hat den Fragen der Holz- und Forstwirtschaft in jüngster Zeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Auf seiner letzten Hauptversammlung in Königsberg, die in ihren wissenschaftlichen Verhandlungen im wesentlichen auf dieses Thema eingestellt war, trat er erstmalig mit seiner „Lehrschau Holz“ an die Öffentlichkeit. Diese Ausstellung, an deren Veranstaltung auch der Deutsche Forstverein und andere führende Fachverbände beteiligt waren, hat die Aufmerksamkeit so weiter Kreise auf sich gelenkt, daß sie seitdem in mehreren Städten Deutschlands mit bestem Erfolg wiederholt werden konnte. U. a. bot die 5. Grüne Woche, in deren Rahmen die Lehrschau zu Anfang ds. Js. in Berlin gezeigt wurde, Gelegenheit, durch eine große mit ihr verbundene „Holztagung“ erneut das Interesse der Fachwelt auf die vertiefte Behandlung des Werkstoffs Holz zu lenken.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des VDI in Wien sollen diese Fragen durch den Meinungsaußtausch mit den Kreisen der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft weitergeführt werden. Die Fachsitzung „Holztechnik“, die am 19. September, 10 Uhr, in der Technischen Hochschule stattfindet, steht unter dem Vorsitz der Herren Hofrat Prof. Ing. Marchet, Wien und Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Dr.-Ing. E. h. Wappes, München. Zur Verhandlung kommen Themen aus der Forstwirtschaft, der Sägeindustrie und der Holzverarbeitenden Industrie.

Min.-Rat Ing. Locker, Wien, wird über „Österreichs Forstwirtschaft“, Hofrat Prof. Ing. Marchet über „Rationalisierungsbestrebungen in Forstwirtschaft und Sägeindustrie“ sprechen. Der Holzverarbeitung und zwar der Sperrholzindustrie sind zwei Referate gewidmet: Dozent Dr.-Ing. Flatscher, Wien, wird über „Neue Wege in der Sperrholzindustrie“, Dipl.-Ing. Dr. A. Herrmann, Berlin, der Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle für Sperrholz, über „Neue deutsche Versuche mit Sperrholz“ berichten. Danach wird Dir. Ing. Bruckmann, Wien, einen Film über „Forst- und Sägewerksbetriebe in Nordamerika“ vorführen. Die Fachsitzung wird am Nachmittag des gleichen Tages um 16 Uhr in der Hochschule für Bodenkultur fortgesetzt. Nach einer Begrüßung durch Se. Magnifizenz Rekt. Prof. Dr. Hellebrand, Wien, im Festsaale der Hochschule wird Assistent Dr. Ing. Hauska, Wien, einen Vortrag über „Forstliches Transportwesen im Hochgebirge“ halten. Darauf findet eine Besichtigung der Hochschule für Bodenkultur statt. An die Vorträge wird sich eine Diskussion anschließen.

Die Teilnahme an der Fachsitzung „Holztechnik“, die im Rahmen der gemeinsam mit dem Österreichischen Verein Deutscher Ingenieure veranstalteten diesjährigen Hauptversammlung des VDI stattfindet, ist für die Teilnehmer der Hauptversammlung und für die VDI-Mitglieder ohne weiteres möglich. Sonstige Interessenten erhalten auf Anfordern kostenlos Zulassungskarten von der Geschäftsstelle des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Ingenieurhaus.

## Berichte aus den Zahlstellen.

### Gautag Südbayern.

Im christlichen Gewerkschaftsheim in München fand der diesjährige Gautag für Südbayern statt. Eingeleitet wurde die Tagung am Samstagabend mit einer sehr gut gelungenen Begrüßungsfeier, verbunden mit der Abschiedsfeier des bisherigen Geschäftsführers der Zahlstelle München, Kollegen Krehle, der nunmehr als Landessekretär der christlichen Gewerkschaften tätig ist.

Der große Saal und die Galerie des christlichen Gewerkschaftsheimes waren überfüllt. Die Kapelle Gareis, der Sängerkreis der christlichen Gewerkschaften Münchens, die Fachabteilung des Gesellenvereins Zentral, sowie die christliche Gewerkschaftsjugend Münchens warteten mit vorzüglichen Darbietungen auf. Kollege Schuster, der Vorsitzende der Zahlstelle München, begrüßte die zahlreich erschienenen, besonders den neuen Landessekretär, Kollegen Krehle, alle Delegierten und Gäste und besonders auch noch den in später Stunde erschienenen Kollegen Kurtzschoid-Köln.

Der Gautag begann am Sonntag früh und waren aus 55 Zahlstellen 96 Delegierte anwesend. Kollege Kresse eröffnete die Tagung und hieß die Delegierten, den Kollegen Krehle, besonders aber unsern Zentralvorsitzenden, Kollegen Kurtzschoid, herzlich willkommen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen übergab Kollege Kresse dem Kollegen Kurtzschoid das Wort zu seinem Vortrag: „Unser Verband im Jahre 1929.“ Kollege Kurtzschoid führte aus: Trotz der schlechten Wirtschaftslage ist unser Verband im Jahre 1929 in der Mitgliederentwicklung vorwärts gekommen. Auch jetzt helfe das Klagen und Jammern nichts und müßten wir den Verhältnissen ruhig ins Auge sehen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Finanzlage des Verbandes, ist trotz hoher Ausgaben bei den verschiedensten Unterstützungen gut. Das Verbandsvermögen ist an verschiedenen Stellen bei bestmöglicher Sicherheit angelegt. Viel Arbeit nahmen die Lohnbewegungen in Anspruch. Das Bildungswesen wurde nach jeder Richtung hin gefördert.

Zur Zeit stehen wir in einer Weltwirtschaftskrise. Die meisten Staaten haben mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Der wirtschaftliche Liberalismus, der nur den Gewinn, aber nicht den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft stellt, ist am abwirtschaften. Ein unehrliches Spiel treibt die Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft. Was wurde von ihr bei den Wahlen 1928 nicht alles versprochen? Was wurde von ihr in den 2½ Jahren ihrer Tätigkeit in der Regierung gehalten? Die Sozialdemokratie will wohl mitregieren, ist aber zu feig, Verantwortung zu übernehmen.

Reicher Beifall und einmütige Zustimmung wurde diesen Ausführungen zuteil.

Im Punkt 2 sprach Kollege Kresse über den Gau Südbayern. Die Geschäftslage ist schlecht. Die Holz- und die Sägeindustrie liegt infolge des schlechten Baumarktes darnieder. Trotz der Wirtschaftslage hat sich die Mitgliederentwicklung bis zum 4. Quartal 1929 noch stetig aufwärts bewegt. Eine den Delegierten übergebene Übersicht zeigt aber, daß noch sehr viel im Gau gearbeitet werden muß, um alle Holzarbeiter für den Verband zu gewinnen. Erfreulich ist, daß in der Berichtszeit 196 Lehrlinge mehr als im vergangenen Jahre dem Verbands angehören. Große Schwierigkeiten bestehen zur Zeit für sämtliche Berufe in der Lohnfrage. Alle Lohnabkommen sind gekündigt, die Arbeitgeber verlangen auf der ganzen Linie Lohnabbau. Die Holzarbeiter in Südbayern lehnen jedoch jeden Lohnabbau ab, und machen sich den Standpunkt des Zentralvorstandes und der Gauleiter in ihrer Sitzung vom 22. Juli zu eigen.

Nachdem auch diese Ausführungen mit Beifall aufgenommen wurden, setzte eine lebhafte Aussprache ein. Kollege Kronthalers-Augsburg gab zunächst einen Bericht über seinen Bezirk und betonte, daß es in seinem Bezirk immer vorwärts gehe. Die Jugendgruppe in Augsburg sei gut vorangekommen. Auch alle weiteren 17 Redner sprachen im Sinne der Vorgänger und gaben teilweise neue Anregungen.

### Gaujugendtreffen im Gau Frankfurt a. M.

Zum ersten mal waren unsere Jugendgruppen aus dem Gau Frankfurt, am Sonntag, den 17. August, zu einer Gautagung in Kelkheim im Taunus versammelt. Kelkheim, am Fuße des schönen Taunusgebirges, ist für die Tagung besonders deshalb gewählt worden, um unseren Jungmannen gleichzeitig Gelegenheit zu

geben, einen bedeutenden Platz der Möbelherstellung anschaulich kennen zu lernen. (Kalkheim ist der Hauptplatz der Möbelindustrie des Taunusgebietes). Aus allen Bezirken des Gaues hatten sich unsere jungen Freunde zahlreich eingefunden. Aus Baden, der Rheinpfalz, vom Rhein, aus dem Hessenlande, und besonders zahlreich die Gruppen aus dem Saarlande.

Bereits am Samstagabend waren etwa 80 Kollegen aus weiterer Entfernung eingetroffen. Diese hatten sich zu einer gemütlichen Unterhaltung mit den Jugendfreunden aus der Zahlstelle Kalkheim im Saale des Gesellenhauses versammelt. Humoristische Darbietungen von den Kalkheimern und den auswärtigen Kollegen haben den Abend in guter Stimmung rasch vergehen lassen.

Über alles Erwarten hatte sich der Sonntag als herrlicher Sommertag eingestellt. Dadurch wurde die schon vorhandene gute Stimmung noch weiter erhöht. Die Tagung am Sonntag wurde eingeleitet durch gemeinsame Gottesdienste. In der Klosterkirche hielt Herr Pater Alban eine eindrucksvolle, von echt christlich-sozialem Geiste durchwehte Ansprache an die Arbeiterjugend. Anschließend an den Gottesdienst fand um 11 Uhr im Saale des „Schützenhof“ in Kalkheim eine große Kundgebung statt, umrahmt von einem, der Tagung würdigen Programm. Kollege Heck wies bei seiner Begrüßung auf den besonderen Zweck der Tagung und auf unser Wollen bei der Arbeit in der Jugendbewegung hin. Den Mittelpunkt der Tagung bildete eine Ansprache unseres Reichsjugendleiters, Kollege Schick. In seiner bekannten begeisternden Art hatte Kollege Schick in seiner Rede das grundsätzliche Wollen der christlichen Arbeiterbewegung herausgestellt unter besonderer Berücksichtigung der Aufgaben in unserer Jugendbewegung und für die Jugend. Kollege Schick ließ seine Ansprache ausklingen in unserem Jugendsturmlied „Wann wir schreiten“. Mit heller Begeisterung stimmten unsere Jungmänner ein.

Sehr wirkungsvoll war ein weiterer Programmpunkt: Sprechchor: „Hinauf zum Licht!“ von Wieprecht, ausgeführt von der Jugendgruppe unserer Zahlstelle Kalkheim. Würdig und eindrucksvoll fand die Kundgebung wohlgeklungen um 1 Uhr ihren Abschluß durch eine Schlußansprache des Kollegen Sabel.

Nach einer Mittagspause sammelten sich alle Teilnehmer, und in geschlossenem Zuge ging es mit Musik und Wimpel durch Kalkheim, hinauf zum „Taunusblick“, einem herrlich gelegenen Waldlokal. Ein imposanter Zug, wie ihn die Bewohner von Kalkheim wohl selten gesehen haben: Unser Jungmänner frisch, stramm und in bester Ordnung, marschierten mit Musik und Gesang.

Der Nachmittag verging in gemütlicher Unterhaltung. Manches Erlebnis, manche Erfahrung aus der praktischen Arbeit in der Jugendbewegung im Bezirk ist dabei in der Unterhaltung ausgetauscht worden. Nur zu rasch waren die schönen und erhebenden Stunden verstrichen. Schon in den frühen Abendstunden mußten die meisten auswärtigen Kollegen die Heimreise antreten.

So hat unser erstes Gaujugendtreffen bei überaus starker Beteiligung einen würdigen und wirkungsvollen Verlauf genommen. An den Teilnehmern der Tagung, an den Vertretern der Jugendgruppen im ganzen Gau Frankfurt wird es nun liegen, die richtigen Aufgabenstellungen aus Erlebtem und Gehörtem zu ziehen. Alle Teilnehmer müssen sich jetzt berufen fühlen, Mitarbeiter in den Jugendgruppen zu werden, neue Mitglieder zu werben. Recht groß ist die Zahl der uns noch fernstehenden jungen Freunde. Diese alle gehören zu uns. Darum Jungmänner: Helft alle mit, unsere Reihen zu stärken. Dann wird es auch gelingen, unserem Ziel näher zu kommen, und unser Wollen zu verwirklichen.

Lauringen a. Donau. Einen sehr guten Besuch hatte die in unserer jungen Zahlstelle kürzlich abgehaltene Monatsversammlung aufzu-

weisen, in welcher wir auch unseren Bezirksleiter, Kollegen Kronthaler aus Augsburg, begrüßen konnten. Derselbe drückte seine Freude aus über die gute Entwicklung der Zahlstelle Lauringen, konnten wir doch rund 20 neue Mitglieder in letzter Zeit gewinnen. Ein Beweis aber auch dafür, was selbst in einer wirtschaftlich schlechten Zeit, geleistet werden kann, wenn nicht nur von der Notwendigkeit der Agitation gesprochen, sondern entsprechend gehandelt wird. Unser Bezirksleiter nahm dann in seinen Ausführungen zur grundsätzlichen Frage über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften Stellung, was von seiten unserer Mitglieder besonders dankbar empfunden wurde. Redner ging auch auf die derzeitigen wirtschaftlichen und staatspolitischen Wirren ein, und brandmarkte in diesem Zusammenhang das uneheliche Spiel, welches zur Zeit von den uns weltanschaulich fremden Parteien mit dem deutschen Volke, insbesondere mit der Arbeiterchaft, getrieben wird. Der Dank für diese Ausführungen an den bei uns allen gern gesehenen Führer kam am heften zum Ausdruck durch das Versprechen unserer Kollegen, unbeirrt von den politischen Wirren unserer Zeit nach wie vor mit dem gleichen Vertrauen wie bisher für unsere Bewegung zu arbeiten, diese weiter zu stärken und auszubauen in der Überzeugung, damit der Arbeiterchaft und dem Volksganzen am besten gedient zu haben. Mit einem begeisterten Hoch auf unseren Verband konnte die in allen Teilen schön verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Lichtenfels. Am 17. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, die einen sehr guten Besuch zu verzeichnen hatte. Der 1. Vorsitzende, Heer, begrüßte den Kollegen Tezane aus Nürnberg, der über das Thema sprach: Warum haben sich die Korbmacher im Zentralverband christlicher Holzarbeiter organisiert? Redner schilderte den immerwährenden Kampf der Gewerkschaften, der in unserer Gegend vor allem um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Korbmachergewerbe geführt werden muß. Wenn in dieser Hinsicht Erfolge zu verzeichnen sind, so nur durch die Organisation. Redner streifte sodann die Gefahr des Lohnabbaues in der Holz- und Sägeindustrie. Auf die demnächstigen politischen Entscheidungen hinweisend, machte er Mitteilung davon, daß der Sozialdemokratischen Partei eine Million Reichsmark zu Wahlpropagandazwecken von seiten der freien Gewerkschaften zugesprochen seien. Wann endlich werden die christlichen Arbeiter einsehen, daß es mit der sogenannten politischen Neutralität der freien Gewerkschaften schlecht bestellt ist?

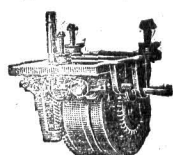
Der Vorsitzende machte zum Schluß die anwesenden Kollegen auf die bevorstehende Neuwahl des Ausschusses an den Arbeitsgerichten aufmerksam und wies darauf hin, daß Vorschläge bis zum 1. Oktober 1930 eingereicht sein müssen. Es wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung die Vorschläge zu unterbreiten. Über die neue Notverordnung, soweit sie Änderungen in der Krankenversicherung betreffen, referierte das Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Lichtenfels, Herr Bräunlein. Er konnte über alle Fragen genügend Aufschluß geben. Das am 27. Juli beschlossene Notgesetz tritt bekanntlich am 1. September in Kraft. Nach einer lebhaften Aussprache der Kollegen fand der einmütige Wunsch, den christlichen Gewerkschafts-Gedanken in der Zahlstelle Lichtenfels weiter aufbauen und ausbreiten zu helfen, Ausdruck.

Anzeigenpreis für die vierspaltige Mittelzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 515 48. — Redaktionschluß ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

**Die Fachschrift**  
die jeder strebsame  
Tischler haben muß  
**Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich  
Bestell. bei Postanstalten oder direkt  
**VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9**

## Sprechmaschinen-Laufwerke



Selbst- in allen Preislagen.  
einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)  
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummianterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette,  
25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklapp-  
bügellarm, in Aluminium-Mark 26,-  
um-Schalldose nur  
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz  
und Metall. Katalog gratis und franko vor

**Robert Husberg - Neuenrade** L.W. No. 9

## Eine gute Idee

richtig verwertet, bringt Gewinn.

Winken und Anregung über Erfindungen und deren Verwertung gibt unsere Gratisbroschüre 22. Kostenlose Zusendung. Technische und jur. Beratung in allen Patentfragen.

**BREVE TA G. m. b. H.**  
(Altren. Patenttechnisches Institut)  
Berlin-Charlottenburg 4